

Hauseigentümer werfen Sommaruga «Ausländerfeindlichkeit» vor

Die Regierung will Bürgern aus Ländern ausserhalb der EU und der Efta den Erwerb von Häusern erschweren.

Fabian Renz
Bern

Die sogenannte Lex Koller sorgt für verkehrte Politwelten. Hier sind es für einmal die Rechten, welche die Interessen von Ausländern verteidigen, während die Linken für mehr Heimatschutz eintreten. In der Tat liegt das «Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland», wie es offiziell heisst, heute primär Landschafts- und Mieterschützern am Herzen. Vor ein paar Jahrzehnten war es primär gegen die «Überfremdung des Bodens» gerichtet, indem es ausländischen Investoren den Kauf von Schweizer Immobilien erschwerte. Heute sehen seine Verteidiger in ihm vor allem ein Instrument, um überbordende Bautätigkeit zu bremsen und den Immobilienmarkt vor Preisaufschlägen zu schützen.

Gerne würde Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) jetzt die Lex Koller noch verschärfen. An einer entsprechenden Vorlage tüftelt ihr Departement seit über zwei Jahren herum. Gestern hat der Gesamtbundesrat nun einen Entwurf für die Vernehmlassung genehmigt. Das Ergebnis zeigt: Von ihren ambitionierten vormaligen Plänen muss Sommaruga wohl Abschied nehmen. Der verabschiedete Text ist gegenüber den ursprünglichen Plänen deutlich entschärft.

Warnung vor «Abschottung»

Das verbliebene Herzstück der Revision betrifft Bürgerinnen und Bürger aus einem Land ausserhalb der EU und der Efta. Sie sollen künftig eine Bewilligung einholen müssen, wenn sie in der Schweiz ein Haus oder eine Wohnung als Hauptwohnsitz kaufen wollen. Damit will Sommaruga zurück zu der Regelung, wie sie bis vor exakt 20 Jahren schon galt. Die Bewilligung wäre gekoppelt an die Pflicht, die Immobilie innert zweier Jahre wieder abzustossen, wenn die Eigentümer wegziehen.

Der vom Zürcher SVP-Nationalrat Hans Egloff präsidierte Hauseigentümergebiet (HEV) hält die beantragte Neuerung indes für «ausländerfeindlich» - man mache die Lex Koller damit wieder zum Gesetz gegen die «Überfremdung». Der HEV weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass Schweizer in den meisten Staaten problemlos Grundstücke kaufen dürften. Das Aus-



Siedlung in Belalp im Kanton Wallis: Soll der Kauf von Liegenschaften für gewisse Ausländer erschwert werden? Foto: Keystone, Caro

land werde die verschärften Schweizer Regeln als «Abschottung» empfinden.

Ebenso warnt der HEV auch vor den Folgen für den Mietmarkt. Halte man Ausländer vom Hauskauf ab, werde sich die Konkurrenz um Mietwohnungen verstärken, was die Preise nach oben treibe. Umgekehrt erwartet der HEV für das Wohneigentum kaum eine preisdämpfende Wirkung. Eher schon werde die sinkende Nachfrage dazu führen, dass sich auch das Angebot verknappe.

Gewinne in der Schweiz halten

Der HEV ist im Parlament hervorragend verankert; mit seinen Anträgen findet er häufig Mehrheiten. Sommaruga muss also mit hartem Widerstand oder gar einer Niederlage rechnen - bei anderen ihrer wohnungspolitischen Ideen hat sie eine solche schon erlitten. Die interne, zwei Jahre alte Ursprungsfassung der Re-

vision war nämlich vor allem in zwei Punkten wesentlich avancierter als der nun vom Bundesrat genehmigte Text. Der eine Vorschlag betraf die Geschäftshäuser, die seit 1997 von der Lex Koller ausgenommen sind. Sie wollte Sommaruga gemäss der Ursprungsfassung, die dem «Tages-Anzeiger» vorliegt, wieder der Bewilligungspflicht unterstellen. Allzu oft geschehe es, dass Betriebsliegenschaften als blosse Kapitalanlage erworben würden. Beim zweiten Vorschlag ging es um die Immobiliengesellschaften. Sie sind seit 2005 von der Lex Koller ausgenommen. Auch diese Lockerung wollte Sommaruga rückgängig machen. Das ausländische Kapital heize die Preisentwicklung an, und die Gewinne würden zu einem grossen Teil der Schweizer Volkswirtschaft entzogen - so die (nicht unumstrittene) Analyse des Justizdepartements.

Im jetzigen Entwurf sind diese zwei Verschärfungen als Vorschläge nicht mehr enthalten. Sie werden nur noch als «Erweiterungsoption» zur Debatte gestellt. Und schon in dieser zurückgestuften Form lösten sie gestern energischen Widerspruch aus. «Die Berggebiete leiden bereits unter den Folgen der Zweitwohnungsinitiative und brauchen nicht noch weitere Einschränkungen», teilte die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet mit. «Realitätsfremd und unnötig», sagt auch CVP-Nationalrat Daniel Fässler, Präsident des Verbands der Immobilien-Investoren.

Einzig die SP wünscht sich entschlosseneres Vorgehen gegen die «Verteuerung von Boden und Wohnen». Daniel Fässler hingegen lässt durchblicken, was die Vorlage im Parlament erwarten könnte: Derzeit sehe er keinen Grund, darauf überhaupt einzutreten.

Die Angst vor der Umarmung durch die alte Tante

Der Chefredaktor der «NZZ am Sonntag» wird pensioniert. Nun befürchtet die Redaktion eine Anbindung ans Mutterblatt.

Claudia Blumer

Vor zwei Jahren wurden bei der NZZ die Weichen gestellt, als der damalige Chefredaktor Markus Spillmann durch Auslandchef Eric Gujer ersetzt wurde. Dieser rückte die Zeitung mit dem vormaligen liberalen Mittekurs markant nach rechts. Nun steht auch der «NZZ am Sonntag» ein Wechsel an der publizistischen Spitze bevor. Felix E. Müller, Chefredaktor der Zeitung seit ihrer Gründung 2002, wird Ende Jahr pensioniert.

Verwaltungsratspräsident Etienne Jornod sucht einen Nachfolger, bis im Sommer soll der Entscheid fallen. Die Redaktion der «NZZ am Sonntag» wartet gespannt - und auch etwas besorgt, wie aus ihrem Umfeld zu erfahren ist. Befürchtet wird nicht nur eine politische Kursänderung wie beim Mutterblatt, sondern auch eine stärkere Anbindung. Räumlich sind die Redaktionen der Tageszeitung und ihrer Sonntagsausgabe schon vor zwei Jahren näher zusammengerückt, als die «NZZ am Sonntag» ein paar Strassen weiter ins Stammhaus an die Falkenstrasse gezügelt ist.

Appell an den Verwaltungsrat

Die Redaktion hat deshalb eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aller Ressorts konstituiert, die einen Brief an den Verwaltungsrat aufgesetzt hat. Es ist ein Appell für publizistische Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Die Belegschaft wünscht sich einen eigenen Chefredaktor, der jenem der NZZ nicht unterstellt ist, und getrennte Redaktionen. Bis vor wenigen Jahren war der Chefredaktor der «NZZ am Sonntag» jenem der NZZ unterstellt. Zu diesem System will man keinesfalls zurück. Die Arbeitsgruppe verweist auf die Kooperationen zwischen «Tages-Anzeiger» und «Sonntags-Zeitung» sowie unter den «Blick»-Titeln, die ihrer Ansicht nach publizistisch nachteilig seien. Ebenfalls laden sie den NZZ-Verwaltungsrat zum Gespräch ein, um das Anliegen der Redaktion auch mündlich überbringen zu können.

Die «NZZ am Sonntag» hat ihre Unabhängigkeit vom Mutterblatt stets zelebriert - etwa mit einem Kommentar des Chefredaktors gegen BaZ-Chef Markus Somm, den der Verwaltungsrat als Chefredaktor der NZZ installieren wollte.

Der Brief an den Verwaltungsrat liegt derzeit den Redaktoren zur Unterschrift vor, nächste Woche soll Etienne Jornod ihn erhalten. Personelle Vorschläge enthält das Schreiben nicht. Informell kursieren jedoch mehrere mögliche Kandidaten. Zum Beispiel Luzi Bernet, Zürich-Chef bei der NZZ. Der 54-Jährige wird immer wieder genannt, wenn es einen wichtigen Posten im Haus zu besetzen gibt. Er ist bei den Arbeitskollegen beliebt und wäre politisch in der Tradition der «NZZ am Sonntag».

Wunschkandidatin geht

Weiter genannt werden Inlandchef Francesco Benini, auch er immer wieder im Gespräch bei Vakanzen; Pascal Hollenstein, Super-Chefredaktor der Regionalzeitungen in der Ost- und Innerschweiz; Alain Zucker, der kürzlich vom «Tages-Anzeiger» kam, und René Scheu, Feuilletonchef der NZZ. Wunschkandidatin vieler Redaktorinnen wäre Charlotte Jacquemart gewesen, die seit 13 Jahren im Wirtschaftsressort der Zeitung arbeitet. Sie hat sich aber erstens mit ihrem Engagement gegen die Schliessung der NZZ-Druckerei beim Verwaltungsrat unbeliebt gemacht. Zweitens verlässt sie die Redaktion in Richtung Radio SRF.

Setzt der Verwaltungsrat auf Kontinuität, kommen am ehesten Bernet, Hollenstein oder Benini infrage. Will er auch bei der Sonntagsausgabe einen dezidierten Rechtskurs, spräche dies eher für die anderen - oder eben für eine Superchefredaktion unter Gujer. Dies hat das Haus NZZ jedoch mehrmals in Abrede gestellt, zuletzt vor wenigen Tagen auf Personenlich.com. Es gebe keinerlei Absicht, einen Superchefredaktor zu installieren, sagte eine Sprecherin.

Nachrichten

Nachrichtendienst Neue Aufsichtsbehörde nimmt Form an

Der Nachrichtendienst hat dank einem neuen Gesetz mehr Kompetenzen erhalten. Eine unabhängige Aufsichtsbehörde soll deshalb Missbrauch verhindern. Der Verordnungsentwurf über die Regelung der Aufsicht, den der Bundesrat am Freitag in die Vernehmlassung geschickt hat, sieht vor, dass die Aufsichtsbehörde dem Generalsekretariat Verteidigungsdepartement zugeordnet ist. Sie regelt auch die Kontrolle der Funk- und Kabelfunkaufklärung durch die Unabhängige Kontrollinstanz sowie Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und der Dienstaufsicht in den Kantonen. Die Vernehmlassung endet im Juni. (SDA)

Bundesverwaltung Mehr Beamte arbeiten Teilzeit

Im vergangenen Jahr haben etwas mehr Frauen und Männer in der Bundesverwaltung Teilzeit gearbeitet. Das geht aus dem Reporting Personalmanagement hervor, das der Bundesrat am Freitag gutgeheissen hat. Der Bericht zeigt aber auch, dass noch nicht so viele Frauen in der Verwaltung arbeiten wie angepeilt. Eigentlich möchte der Bundesrat den Frauenanteil in der Bundesverwaltung auf 44 bis 48 Prozent anheben, wie es in der neuen Personalstrategie Bundesverwaltung vorgesehen ist. 2016 lag der Frauenanteil jedoch noch bei 42,8 Prozent, wie das Eidgenössische Personalamt mitteilte. (SDA)

Hektik vor der Churer Bischofswahl

Bischof Huonder möchte die Wahl seines Nachfolgers in ihm genehme Bahnen lenken. Für Montag hat er sein Personal vorgeladen.

Michael Meier

Seit 30 Jahren kommt das Bistum Chur wegen seiner Bischöfe nicht zur Ruhe. Darum wollen jetzt alle Parteien gewappnet sein, wenn Bischof Vitus Huonder am 21. April 75 Jahre alt wird und Papst Franziskus seinen Amtsverzicht anbieten muss. Man bringt sich in Position, spricht sich ab, schreibt gar Bittgesuche nach Rom - die heisse Phase der Vorbereitung für die Neuwahl läuft. Selbst die Churer Bistumsleitung scheint nervös zu sein, weil sie fürchtet, die Bestellung des Bischofnachfolgers könnte nicht nach ihrem Gusto verlaufen.

So lädt der noch amtierende Churer Bischof am Montag alle Priester und Laien theologinnen des Bistums zu einem Treffen mit dem päpstlichen Gesandten, Thomas Gullickson, ins Churer Hotel Marsöl ein. Der amerikanische Erzbischof wird im «Hinblick auf die Neubesetzung des Bischoflichen Stuhls» ein Impulsreferat halten, gefolgt von einer Aussprache.

Martin Kopp, Generalvikar für die Ur- schweiz, fürchtet, dass die Churer Bistumsleitung mit dem Treffen die Bischofswahl in die von ihr gewünschte

Richtung lenken möchte. Er vermutet, dass nach einem ausführlichen Grundsatzerferat des Nuntius nur wenig Zeit bleibt fürs Gespräch. Damit nicht nur die Getreuen Huonders der Einladung folgen, hat Kopp brieflich alle Priester der Urschweiz aufgerufen, am Montag zahlreich zu erscheinen. Der Nuntius solle «ein möglichst ausgeglichenes Bild von unserer Priesterschaft» erhalten.

«Eine erniedrigende Erfahrung»

Eine Versammlung des Bistumspersonals samt Bischof vor einer anstehenden Neuwahl ist aussergewöhnlich. Vor der letzten Bischofswahl, jener von Huonder vor zehn Jahren, im Juli 2007, traf sich nur der Priesterrat mit dem damaligen Nuntius. Die Priester wollten ihm ein Anforderungsprofil für den neuen Churer Bischof vorlegen. Doch er habe den Geistlichen nicht zugehört, ihnen vielmehr signalisiert, dass das einzige wesentliche Kriterium des neuen Bischofs die Papstreue sein müsse, erinnert sich Martin Kopp. «Nie habe ich als Priester eine erniedrigendere Erfahrung gemacht als in jener Begegnung mit dem Nuntius.» Um Ähnliches zu vermeiden, werde er am Montag vor einem einseitigen Austausch warnen.

Was Huonder will, ist eine reguläre Bischofswahl, wonach das Domkapitel aus einer von Rom erstellten Dreierliste den neuen Oberhirten wählt. Kommt es dazu, wird Gullickson massgeblich Einfluss nehmen. Wird er etwa den jungen konservativen Bündner Generalvikar

Andreas Fuchs auf die Liste setzen oder den Freiburger Weihbischof Alain de Raemy, angeblich der Wunschkandidat der Churer Bistumsleitung? Oder am Ende doch Martin Grichting, Huonders äusserst umstrittener Generalvikar?

Basiskatholiken indessen wünschen, nach Huonders Abgang zunächst einen Administrator, der das Bistum in ruhigere Bahnen lenken soll. Sie haben sich mit einer entsprechenden, von 2500 Personen unterzeichneten Petition an Nuntius Gullickson gewandt. Doch der hat klargemacht, dass für ihn ein Administrator nicht infrage kommt. Wie man hört, hat der erzkonservative Nuntius in Rom nicht nur Freunde. Ohnehin hat bei der Wahl des Churer Bischofs auch das vatikanische Staatssekretariat unter dem eher offenen Kardinal Pietro Parolin ein Wort mitzureden.

Deshalb fürchtet offenbar die Churer Bistumsleitung, dass ein Administrator für Rom möglich sein könnte. Jedenfalls hat unlängst Bischofssprecher Giuseppe Gracia in Mails an Medienleute gegen den Kandidaten der Basis, den Generalminister des Kapuzinerordens Mauro Jöhri, Vorbehalte geäussert. Als damaliger Schweizer Ordensoberer habe er zu den Missbrauchsfällen des pädophilen Kapuzinerpriesters Joel Allaz geschwiegen. Kopp zufolge hat Gracia damit Jöhri als Churer Administrator disqualifizieren wollen. Was Gracia seinerseits als Ablenkungsmanöver abtut. Man versuche so den Missbrauchs-Skandal vergessen zu machen.